

## Konferenz-Protokoll

des Landtages vom 3. August 1931.

Gegenwärtig : Alle Abg. mit Ausnahme des Fritz Walser, der sich entschuldigt hat, und etwas später zur Sitzung kommt.

Reg. Chef Dr. Hoop.

Schriftführer: Seger:

### 1.) Punkt: Sparkassa-Anlagen in Vorarlberg.

Präsident: Die Finanzkommission hat gemeint, wenigstens in vertraulicher Besprechung auf die Sache einzugehen. Nachdem der Präsident der Sparkasse hier ist, soll er die Sache darlegen:

Dr. Ospelt: Ich möchte zum Punkte Sparkassa-Anlagen in Vorarlberg kurz berichten. Vom schweizerischen Bankverein im Rheintal war früher eigentlich ein förmliches Wettrennen gewesen auf Anlagen in Vorarlberg. Die Gemeinden haben sehr gute Unterpfänder zur Verfügung gestellt und nach unseren Begriffen sehr hohe Zinssätze akzeptiert. Sie haben 6% und mehr glattweg zugestanden. Nachdem laut Art. 16 d des Sparkassagesetzes vom Jahre 1929 L.G. Bl. Nr. 10 auch ausländische Anlagen möglich sind, haben wir geglaubt im Sinne einer ordentlichen Geschäftsgebarung der Sparkassa geglaubt, auch mit solchen Anlagen vorgehen zu dürfen. Es sind an uns Anfragen gestellt worden, zum Teil direkt, zum Teil durch Vermittlungsmänner. Es haben angefragt, die Gemeinden Bürs, Göfis, Rankweil und Nenzing. Es sind noch andere Anfragen gekommen, wir haben sie zurückgewiesen, weil man solche Anlagen doch nicht mehr machen wollte. Wir haben uns jeweils, wenn solche Anfragen gekommen sind, erkundigt, und zwar sehr ausführlich, wir haben Grundbuchsauszüge bekommen, in welchen der Grundbesitz, die allfällige Belastung sehr genau ersichtlich waren, wir haben sie geprüft, im Grundbuch zum Teil nachgeprüft. Einzelne Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung haben die Anlagen als sehr solide bezeichnet. Wir haben schliesslich bei der Sparkassa gemeint, im Interesse der Sparkassa sei es gelegen, in beschränktem Umfang solche Anlagen zu machen. Zur Illustration möchte ich bemerken, im April des heurigen Jahres haben Verwalter Batliner und ich in verschiedenen Sachen im Rheintal zu tun gehabt, bei der Rheintalischen Creditanstalt und bei den Banken in Au. Man ist dort auch

auf das Thema: Anlagen in Vorarlberg zu sprechen gekommen. Wir haben gleich gesehen, dass man dort förmlich versessen ist auf Anlagen nach Vorarlberg. Nach wiederholter Beratung im Verwaltungsrate sind dann Darlehen an die Gemeinde Bürs bis zu 40,000 Fr bewilligt worden, worauf 15000 Fr. bis jetzt behoben sind. Die Gemeinde Göfis hat den ihr gewährten Credit bis 50,000 Fr bis 45,000 Fr ausgenützt. Rankweil hat das Gesuch gestellt bis 300,000 Fr und bis jetzt 60,000 Fr ausgenützt. Weiter ist der Gemeinde Nenzing in Aussicht gestellt worden, diese Gemeinde hat, soweit wir beurteilen können, die besten Unterpfänder, das vielfache der Forderung, nicht etwa bloss das 3 -4 fache, ausschliesslich in Grundbesitz. Ueberdies hat die Gemeinde Nenzing durch ihre Jagdpachten grosse Einnahmen. Es hat damals im Verwaltungsrate niemand daran gedacht, dass man nur einmal sich Gewissensbisse machen sollte. Wo aber die Krise mit der österr. Creditanstalt gekommen ist, bin ich speziell einmal ängstlicher geworden, Das hat dann dazu geführt, dass wir der Regierung Mitteilung gemacht haben, in der Absicht, dass man wollte zusammenarbeiten. Wir hielten es als einen Akt der Loyalität, dass wir Regierung und Landtag auf dem Laufenden halten. So ist der Sachverhalt, wie er sich entwickelt hat. Nenzing hat bis jetzt kein Geld bezogen, grundsätzlich hat man damals belehnt. Die Verträge selbst sind sehr umständlich. Die Forderung lautet auf Gold. Das Gold ist umschrieben im Gewichte. Was an menschlicher Vorsicht möglich ist, darf man ruhig sagen, ist in allen diesen Fällen geschehen. Wir haben auch den Aufsichtsrat Bankdirektor Schoch zu Rate gezogen. Direktor Schoch hat gesagt, der Vertrag, den wir abgeschlossen haben, sei wesentlich günstiger, als die Verträge, die sie haben, mit Vorarlberger Gemeinden. Die Volksbank hat bei der Stadt Dornbirn glaublich über eine Million Franken draussen. Weiter weiss ich nicht viel zu sagen, wenn Fragen gestellt werden, könnte ich vielleicht Antwort geben.

Präsident: Die Finanzkommission meinte damals, dass die Anlagen menschlicherweise sicher seien, nachdem die Verhältnisse aber doch etwas unsicher sind, die politischen im allgemeinen, aber meinte man, würde man eventuell besser tun, in der Sache ~~xxx~~ nicht weiterzugehen, das ist von der Finanzkommission als selbstverständlich anerkannt worden.

Ospelt: Es sind auch <sup>von</sup> anderen Körperschaften als Gemeinden wiederholt Anfragen gekommen, weil es durchgesickert ist in Oesterreich, es haben 2 Klöster, eines von Tirol, eines von Niederösterreich angefragt die glänzende Unterpfänder haben, das zehnfache vom Werte des Darlehens, wir sind auf das nicht eingegangen, weil wir meinten nur den Gemeinden und dem Bundesstaat Oesterreich geben zu sollen.

Büchel: Ist die Sache mit Nenzing schon perfekt?

Ospelt: Grundsätzlich ist es bewilligt, aber der Vertrag ist noch nicht errichtet, ich glaube dort, dass man nicht mehr gut zurücktreten kann. Wir können schliesslich Ausreden suchen, ob man sich dabei etwas nützt, das bezweifle ich sehr.

Büchel: Mit welchen Gemeinden ist bereits abgeschlossen?

Ospelt: Mit Göfis, Rankweil und Bürs.

Büchel: Mir fällt etwas auf, dass nämlich der Verwaltungsrat erst jetzt kommt, nachdem er schon mit 3 Gemeinden abgeschlossen hat, er muss irgendwie aufmerksam gemacht worden sein, dass die Sache doch nicht ganz hauscher sein könnte. Es könnte sich das doch einmal etwas verhängnisvoll oder katastrophal auswirken. Eigenes Geld haben wir eigentlich keines, nur von Ausländischen Einlegern.

Ospelt: Man hat tatsächlich angefangen gehabt zu zweifeln, wir sagten, wir machen jetzt nicht weiter, man weiss nicht, was für politische Auswirkungen kommen könnten, obwohl ich seither wiederholt erfahren habe dass Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung die Sache vollkommen einwandfrei befunden haben. Geld ist inländisches und ausländisches in der Sparkassa, indem die Einlagen jährlich zugenommen haben.

Büchel F.: Sie sind also durch den Zusammenbruch der Creditanstalt in Oesterreich aufmerksam gemacht worden.

Ospelt: Das hat auf die internationalen Verhältnisse ein eigenes Licht geworfen und und stützig gemacht. Hätte man aber 8 Tage vor dem Zusammenbruch der Creditanstalt über diese Erkundigungen eingezogen, so hätte man gesagt, diese stehe sicherer, als der Staat Oesterreich. Das hätte man von ersten Finanzkreisen aus Wien erfahren können.

Büchel F.: In irgend eine Mitgleidenschaft gezogen worden ist unsere Sparkasse dadurch nicht?

Ospelt: Bis jetzt nicht. Die Anlagen sind gemacht worden, um für den Staat

einen ordentlichen Gewinn herauszuwirtschaften.

Wir haben heute noch die Ueberzeugung, dass die Anlagen durchaus einwandfrei, auf erstklassige Hypotheken als Goldhypothekem eingetragten sind. Sollte aber tatsächlich der Bolschewismus über Deutschland und Oesterreich hinweggehen, so würde er auch über Tisis und Haag nicht stillestehen.

**Sichel:** Nach meiner Ansicht sind solche Hypotheken sicher, die Gelder können nicht so in der Sparkassa liegen bleiben, sie müssen nutzbringend angelegt werden. Wenn ich Geld hätte, würde ich das Geld nicht in eine Bank tun, ein Unterpfund ist zehnmal sicherer als eine Bank.

Anleihevertrag mit der Bank in Liechtenstein etz.

Landtagsbeschluss: Der Landtag stimmt zu, dass die Sparkassa für das Fürstentum Liechtenstein mit einem Betrage von Fr 530,000.- in den Anleihevertrag von 1922 mit der Bank in Liechtenstein eintritt.

Zur Sache Bauernberatungsstelle:

**Präsident:** Die Sache soll heute einmal positiv oder negativ erledigt werden. Die Finanzkommission hat die Sache beraten, findet aber dass dem Gesuch in diesem Sinne, wie es vorliegt, als Beamtung, nicht gut stattgegeben werden könne, hingegen ist der Vorschlag gemacht worden, doch eine grössere Subvention an den Bauernverein zur Schaffung einer Beratungsstelle zu gewähren. Es wird sodann eine Zuschrift des Franz Beck verlesen, in welcher dieser konkrete Vorschläge erstattet, seinen Pflichtenkreis zusammenfasst.

Es wird sodann auch das Gesuch des Bauernvereins verlesen.

**Eschen:** Ich betrachte die Sache doch von grosser Wichtigkeit für unser Land, gerade als Angestellter, dazu könnte ich mich nicht herbeilassen, dass er ein pensionsfähiger Beamter würde heute, aber mit einer Unterstützung an den Bauernverein. Man könnte ein Jahr probieren, dann könnte man vielleicht sehen, ob man ihn für weiter als Beamter anstellt oder nicht, aber für die Milchwirtschaft ist das von grosser Wichtigkeit, da sind wir noch weit zurück. Ich würde die Sache wenig-

stens unterstützen.

Der Gegenstand ist seinerzeit in der Geschäftsprüfungskommission behandelt worden. Es ist glaube ich im Berichte eine bezügliche Feststellung. Ich habe mich seit Jahren in der Richtung schon ausgesprochen. An und für sich wäre eine Berufsberatung in der Bauernschaft höchst notwendig. Das Programm des Beck ist schön. Die Qualitäten des Beck kenne ich aber nicht. Ich möchte nicht haben, dass es kommt, wie einmal bei einem Tierarzt, dort ist man im Landtag wiederholt mit Subventionen für ihn eingetreten, während im Unterland jeder Bauer gesagt hat, er sei nichts. Es müsste Gewähr dafür sein, dass die Bauernsamen eine volle Kraft hat. Dann wäre eine meiner Lieblingsideen erfüllt.

Fritz Walser kommt zur Sitzung.

Chef: Mit dem Bewerber haben wir insoweit nichts zu tun. Es ist das ein privates Verhältnis zum Bauernverein, wir subventionieren nur den Bauernverein, ob dieser den oder einen anderen anstellt ist uns schliesslich Wurst. Der Bauernverein wird die Qualitäten ~~von Beck~~ des Betreffenden untersuchen.

Präsident: Ich finde in diesem Umstände eine gewisse Schwierigkeit, wenn man dem Bauernverein eine Subvention von Fr 2000.- gewährt. Es wird dann jede Vereinsgruppe ein ähnliches Gesuch stellen. Ich hätte gerne gehabt, wenn man die Stelle als notwendig findet, sie als Provisorium als Landesstelle geschaffen wird, wird sie nicht für notwendig gefunden, so braucht man sie nicht einer Person zuliebe schaffen. Sobald man als private Unterstützung an einen Verein 2000 Fr ausgibt, wird das grosse Folgen haben. In Triesen hat sich Beck sehr bemüht die Triesener kommen zu ihm und fragen ihn um Rat und sollen sehr zufrieden sein.

Präsident: Er hat in Triesen einen Obst- und Gartenbauverein gegründet, und sich sehr um diesen bemüht, seine Ratschläge sind gut.

ident: Entweder ist die Sache notwendig oder nicht, ist sie notwendig, dann probiert man. Die Grundfrage ist: Kann man einen Verein mit Fr 2000.- subventionieren für diesen Zweck.

er: Man soll probieren, es kann einer praktisch oft mehr Erfahrung haben, als einer mit grossen Zeugnissen. Und einen Schmidinger vermögen wir nicht.

ch B.: Ich meine, man darf es mit dem Manne versuchen. Eine Beratungsstelle wird sich zehnfach bezahlt machen. Auf diesem Gebiete ist vieles zu verbessern. Dass andere Vereine gerade kommen, glaube ich nicht, ~~XXXXXXXX~~ ~~XXXXXXXXXXXX~~ Schliesslich sind auch wenige im Lande, die gar keine Landwirtschaft haben, es sind also fast alle interessiert an der Sache. Aber mit 2000 Fr pro Jahr wird der Mann nicht zu bekommen sein, ein anderer auch nicht.

er Fritz: Ich möchte die Frage zur Erörterung aufwerfen, ob unserer Landwirtschaft mit der ständigen Anstellung eines solchen Organs geholfen wird ~~XXXXXXXXXX~~ in der richtigen Art. Der Mann ist ausgebildet als Milchkontrollorgan und es fragt sich, ob man nicht mehr helfen könnte, mit dem gleichen Gelde, wenn man für verschiedene Zweige der Landwirtschaft, Viehzucht, Ackerbau etc. jedesmal für kürzere Zeit einen speziellen Referenten kommen liesse. Alles zusammen würde nicht soviel kosten und man könnte vielleicht mehr erreichen. Für mich ist die Frage zu wenig abgeklärt, am allerwenigsten für eine definitive Beamtenstelle, oder für die Auszahlung grösserer Subventionen. Die Frage sollte glaube ich besser abgeklärt werden als sie heute ist. Wir können bei unseren kleinlichen Verhältnissen ihn dann nicht mehr fortschicken und wenn selbst ganz wenig entspricht, es geht das sehr schwer.

er Chef: Ich stelle mir die Sache schon so vor, dass wir eigentlich praktisch heute mit Franz Beck nichts zu tun haben, wir anerkennen die Notwendigkeit einer Beratungsstelle. Der Landtag müsste sich bereit erklären, für eine solche eine Subvention zu gewähren. Es ist nicht Sache des Landtages die Beratungsstelle einzurichten, sondern Sache des Bauernbundes. Damit kann man einem Mann keine Vorwürfe machen. Schliesslich hat man in allen Staaten solche Bauernberatungsstellen.

er: Franz Beck hat sich in Triesen Vertrauen erworben, nachdem er dies in einer Gemeinde sich erworben hat, kann er das in einer anderen

Gemeinde auch.

Büchel: Die Sache hat eigentlich schon eine längere Geschichte. Franz Beck hat die Anregung eigentlich schon vor mehr als 2 Jahren gemacht, er hat der Regierung die Ohren voll geredet, was man alles leisten und schaffen könnte. Wie heute die Stimmung ist im Landtag und bei der Regierung, so glaubte man keine Beamtenstelle schaffen zu sollen. Ueber seine Fähigkeiten waren wir uns noch nicht klar, die Aussenstimmung war auch nicht gerade günstig. Ich sagte die Sache wäre nur auf dem Umweg des Bauernvereins möglich..Die Beratungsstelle sollte dann allgemein d.h.jedermann zugänglich sein, nicht nur für Mitglieder des Bauernvereins. Beck hat zuerst 4000 Fr Gehalt verlangt und ein Taggeld von Fr 5.-.Ich sagte zu ihm, du gräbst Dir das Grab selbst, wenn Du nicht andere Ansprüche stellst. Wir haben fast Krach gehabt miteinander. Er hat dann bekanntlich Unterschriften gesammelt und sammeln lassen. Er ist dem Landtagspräsidenten immer in den Ohren gelegen, dem Reg. Chef auch, schliesslich hat er die Gehaltsansprüche auf Fr 3000.- reduziert. Er hat mich dann einmal angefragt und hat mit mir gesprochen, ich gab ihm den Rat, sich mit dem Bauernverein in Verbindung zu setzen.

Maag B.: Betreffs Einhebung von Gebühren bei Beratungen sollte man im Anfang davon Umgang nehmen, bis sich die Sache eingelebt hat. Wenn man das wenigstens im Anfange macht, wird sich das Ganze einleben.

Büchel: Jeder, der die Milchleistungsprüfung machen will, sollte etwas bezahlen müssen. Dass man alles vom Lande will, gefällt mir nicht.

Walsler: Fr. Die Viehzucht ist ein wichtiger Teil der Landwirtschaft, nach meiner Ansicht derjenige Teil, der schon durch Jahrhunderte hindurch intensiv betrieben wird. Die Kenntnis in der Viehzucht ist im allgemeinen so verbreitet, dass ich zu behaupten traue, dass pro Viehzucht viele Bauern in Liechtenstein soviel Wissen haben, als der Gesuchsteller Franz Beck.

Wädler: Milch untersuchen hat Beck gelernt, sonst gar nichts.

Walsler: Nach meinem Erachten sollte ein richtiger Fachmann zu Rate gezogen werden, der in Bodenuntersuchung, ~~Frucht~~ Düngerlehre, Gemüsebau etc. kurzum in Theorie u. Praxis vollkommen durch ist, dann wird unser Land

sich zehnfach zahlen, auch wenn ernicht 2000 Fr. sondern 6-7000 Fr kostet.

Büchel: Wenn man vom Lande aus eine Beamtenstelle schaffen würde, müsste sie ausgeschrieben werden. Wenn es der Bauernverein macht, ist es etwas anderes. Dieser hat freie Hand, er kann anstellen, wenn er will. Mit Fr 2000.- würde ich mich auch einverstanden erklären.

Büchel P.: Wenn Beck für die Stelle gewachsen ist, hätte er jetzt am meisten Arbeit, bis im November wäre er vollbeschäftigt.

g. Chef: Wenn man 1000 Fr heute bewilligt, fängt Beck zu schaffen an, wird dann sehen, was er leistet und nicht leistet, nach einem halben Jahre wird er wieder kommen, wird gewisse Resultate vorweisen und dann kann man weiter reden. Wir haben dann die Bauernberatungsstelle grundsätzlich geschaffen, das wird in der Oeffentlichkeit viel weniger Staub aufwerfen, als wenn man heute 3000 Fr bewilligt.

erzer: ist für 1500 Fr für das erste halbe Jahr.

Brunhart: für 1200 Fr.

nach Vaduz: ist für 1500 Fr.

Büchel: 1200 Fr sind genug.

Es wird sodann einstimmig ~~ist~~ ( mit Ausnahme Fr. Walser, der sich der Stimme enthält, ) der

#### Beschluss

gefasst, einen Kredit von Fr 1200.- für das folgende halbe Jahr zur Schaffung einer Bauernberatungsstelle zur Verfügung zu stellen, der Betrag soll an den Bauernverein ausgefolgt werden, der diese Stelle schaffen wird.

#### Wahlen in den Staatsgerichtshof.

Dieser Punkt wird einstimmig verschoben.

Dr. Brunhart sei krank und komme für die Durchführung von grösseren Verhandlungen nicht in Frage. Er sei ausgeschlossen, ~~ist~~ in der Sache gegen Professor Schädler, Fehr sei auch ausgeschlossen, weil er ~~xxxxxxx~~ szt. provisorischer Verwalter der Sparkassa war. Helbert hat auch den Antrag auf Ausschluss <sup>mögl</sup> gestellt, der geneigt worden ist.



sodass heute auch unter Heranziehung der Ersatzmänner kein beschlussfähiger Staatsgerichtshof für Schädler zusammengebracht werden könne. Die Ersätze, die gewählt worden seien, seien eigentlich berufen, den Vorsitz zu führen. Ich habe mit Dr. Erne gesprochen, er meinte, dass ein Laie sehr wohl den Vorsitz führen könne, wenn er vorher die ganze Arbeit durcharbeitet und meinetwegen mit Dr. Erne noch zusammensitzt. Er muss über rasche Entschlussfähigkeit verfügen und eine gewisse Selbständigkeit haben. Ich bin dafür, dass heute die Beschlussfassung vertagt wird.

Beschluss: alle Einverstanden.

Arbeitslosenversicherung.

Die ganze Vorlage soll der Volksabstimmung unterbreitet werden, ohne dass der Landtag Stellung nimmt dazu. Es soll eine Botschaft an das Volk hinausgegeben werden.

Schluss 3/4 12 Uhr.

Gefertiget


